

# Pressemitteilung

## Katholische Krankenhäuser fordern Inflationsausgleich und Planungssicherheit

Große Hamburger Str. 5 | 10115 Berlin  
Telefon +49 (0)30 2408368-11  
Telefax +49 (0)30 2408368-22  
[www.kkvd.de](http://www.kkvd.de)

Herbert Möller  
Pressesprecher  
Telefon +49 (0)30 2408368-13  
Mobil +49 (0)175 2297478  
[presse.kkvd@caritas.de](mailto:presse.kkvd@caritas.de)

Facebook @kkvd.de  
Twitter/Instagram @kkvd\_verband

Berlin, 08.09.2022 | Der Katholische Krankenhausverband Deutschlands (kkvd) fordert einen finanziellen Inflationsausgleich für alle Krankenhäuser. Durch die rasant steigenden Kosten für Energie, Waren und Dienstleistungen kommen immer mehr Kliniken finanziell an ihr Limit, so der Verband. Wenn die Politik nicht schnell handele, drohe im Herbst eine Versorgungskrise im Krankenhausbereich.

### Kliniken stehen mit dem Rücken zur Wand

Bernadette Rümmelin, Geschäftsführerin des Katholischen Krankenhausverbands Deutschlands (kkvd): „Die Bundesregierung muss endlich handeln. Die Krankenhäuser müssen derzeit explodierende Kosten für Gas und Energie, aber auch für Medikamente, Hygienemittel, Verbrauchsmaterialien für Pflege und Operationen sowie Dienstleistungen stemmen. Dabei stehen die Häuser mit dem Rücken zur Wand, da sie diese enormen Preissteigerungen nicht auf die Kostenträger umlegen können. Für freigemeinnützige Kliniken kommt hinzu, dass anders als bei öffentlichen Krankenhäusern mögliche Liquiditäts- und Finanzierungslücken in der Bilanz am Ende nicht über die kommunalen Haushalte aufgefangen werden. Schnell und unbürokratisch wäre ein Aufschlag von rund vier Prozent auf jede Krankenhausrechnung bei allen Kliniken, der vom Bund finanziert und von den Krankenkassen ausgezahlt wird.“

Für den Herbst wird derzeit eine Inflationsrate von bis zu zehn Prozent vorhergesagt. Die Kliniken können für ihre Leistungen im Fallpauschalen-System nur Festpreise verlangen. Für das Jahr 2022 ist hier lediglich eine Steigerung von 2,32 Prozent für die Kliniken vorgesehen. Für das Jahr 2023 geht die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) davon aus, dass die Kliniken insgesamt mit einer finanziellen Unterdeckung von 10 Milliarden Euro konfrontiert sein werden.

## Versorgungskrise im Krankenhausbereich droht

„Bekommen die Kliniken hier nicht schnell Planungssicherheit, liegt ein sehr schwieriger Herbst vor uns. Auf den Krankenhausstationen sind die Folgen der Pandemie unvermindert zu spüren und eine weitere Corona-Infektionswelle im Herbst ist nicht ausgeschlossen. Das Personal in den Krankenhäusern ist dauerüberlastet. Wenn sich nun Personalmangel und finanzielle Gründe kumulieren, führt dies zwangsläufig zu einer Versorgungskrise im Krankenhausbereich. Kliniken müssen dann Stationen zeitweise schließen und ihr Versorgungsangebote deutlich zurückfahren. Leidtragende sind die Patientinnen und Patienten, die auf eine schnelle und bestmögliche Hilfe hoffen, genauso wie das ärztliche und pflegerische Personal in unseren Kliniken. Eine solche Versorgungskrise darf nicht eintreten“, so Rümmelin abschließend.

## Gemeinsamer Hilferuf an die Politik

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft, die Spitzenverbände und die 16 Landeskrankenhausgesellschaften treten derzeit gemeinsam an die Öffentlichkeit, um auf die prekäre wirtschaftliche Lage vieler Krankenhäuser vor dem Hintergrund von Inflation und Pandemie aufmerksam zu machen. Unter dem Motto „Alarmstufe Rot: Krankenhäuser in Gefahr“ finden bis zum 29. September unterschiedliche Aktionen in allen Bundesländern statt.

Zudem hat die Deutsche Krankenhausgesellschaft eine Petition an den Deutschen Bundestag formuliert. Hier können die Anliegen der Krankenhäuser mit wenigen Klicks unterstützt werden. Mehr Informationen und die Möglichkeit zur Mitzeichnung finden sich unter dem folgenden Link:

<http://openpetition.de!/AlarmstufeRot>

Der Katholische Krankenhausverband Deutschlands e. V. (kkvd) vertritt als Fachverband bundesweit 283 Krankenhäuser mit 207.000 Mitarbeitenden. Jährlich werden hier 3,5 Millionen Patientinnen und Patienten stationär versorgt. Mit Umsätzen von 17 Milliarden Euro pro Jahr sind die katholischen Krankenhäuser zudem ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.